

Jakob Stürmann

Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbunds der Sowjetunion im Berlin der Weimarer Republik

Am 16. Mai 1922 wurde im *Socialističeskij vestnik*¹, der Exil-Parteizeitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), die Gründung einer Auslandsvertretung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund (Bund) Russlands in Berlin verkündet.² Selbstgesetzte Ziele waren die Aufklärung jüdischer Arbeiter in Westeuropa und Amerika über die politischen Aktivitäten des Bund in der Sowjetunion, das Publizieren von Informationsmaterialien sowie die Akquise von Geldern für die Parteiarbeit. Bundisten im Exil, die sich als Teil der sozialdemokratisch-jüdischen Arbeiterbewegung verstanden, wurden um Kontaktaufnahme gebeten. Die sozialdemokratische Auslandsvertretung des Bund in Berlin existierte bis 1933 und blieb in dieser Zeit eine quantitativ kleine Gruppe, die sich zu einzelnen politischen Debatten äußerte. Dieser Artikel stellt diese besondere Exilparteistruktur in ihrer spezifischen Zusammensetzung dar und verortet sie im regionalen und internationalen zeitgenössischen Umfeld.

Die Mitglieder der Auslandsvertretung waren Teil der russisch- und jiddischsprachigen osteuropäischen Migrationsbewegung des Berlins der 1920er Jahre.³ Strukturell war die Bund-Auslandsvertretung als autonome Parteistruktur der SDAPR eng mit dessen Auslandsvertretung verflochten. Innerhalb der sozialistischen Bewegung verstanden sie sich als Vertreter der sowjetischen Judenheit und knüpften Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie und anderen Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Diese Position zwischen osteuropäischer Migrationsbewegung und internationaler sozialistischer Bewegung bestimmte

1 Dt.: Sozialistischer Bote.

2 Vgl. N.N.: Izveščnie. In: *Socialističeskij vestnik* (SV), Nr. 10, 2 (16.05.1922). S. 15. Zunächst nannte sich die Gruppe „Auslandsvertretung des Bund in Russland“, später nannte sie sich „Auslandsvertretung des Bund der Sowjetunion“. Im Folgenden wird die zweite Formulierung verwendet.

3 Vgl. für Berlin als osteuropäisches Migrationszentrum der 1920er Jahre u.a.: Saß, Anne-Christin: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik. Göttingen 2012; Schlögel, Karl: Das Russische Berlin. Ostbahnhof Europas. 2. Aufl. Pößneck 2007; Schlögel, Karl (Hrsg.): Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg. Berlin 1995.

auch ihre politischen Handlungen und Haltungen: Innerhalb internationaler sozialistischer Strukturen und russischen Migrationsgruppen setzten sich die Mitglieder der Bund-Auslandsvertretung für das Konzept einer national-kulturellen Autonomie für die osteuropäische Judenheit in einem demokratischen Vielvölkerstaat ein und kämpften gegen Antisemitismus. In der jiddischsprachigen Arbeiterbewegung fokussierten sie sich besonders auf die Darstellung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion. Wichtigstes Ziel in den 1920er Jahren, das der Bund mit anderen sozialdemokratischen Exilparteien teilte, war die Überwindung der bolschewistischen Alleinherrschaft.

Die sozialdemokratische Berliner Bund-Auslandsvertretung der Zwischenkriegszeit verstand sich als osteuropäische Exilparteistruktur und war in keine regionalpolitischen Aktivitäten in Berlin eingebunden.⁴ Aufgrund ihrer Struktur und ihrem politischen Handlungsraum lässt sie sich mit Bund-Auslandsvertretungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und anderen zeitgenössischen osteuropäischen Exilparteistrukturen vergleichen. Für die Umsetzung politischer Ziele bildete Europa und die internationale Arbeiterbewegung auch für die osteuropäischen Sozialisten jüdischer Herkunft „ganz selbstverständlich de[n] Bezugsrahmen“.⁵ Dies hing mit dem Anspruch auf eine gemeinsame politische Arbeitersolidarität zusammen, lässt sich aber auch strukturell aufgrund der komplexen politischen und sozialen Situation der osteuropäischen Judenheit als ausgegrenzte Minderheit in der europäischen Moderne erklären.⁶ Hinzu kamen individuelle Gründe wie eigene politische Exilerfahrungen, ein Studium im Ausland und damit einhergehende Fremdsprachenfähigkeiten sowie das selbstverständliche Bewegen in transnationalen Räumen, die internationale Netzwerke entstehen ließen.

⁴ Dies unterschied die sozialdemokratische Bund-Auslandsvertretung der Sowjetunion vom zeitgenössischen polnischen Bund. Siehe für den Bund im Polen der Zwischenkriegszeit: Pickhan, Gertrud: „Gegen den Strom“. Der allgemeine jüdische Arbeiterbund „BUND“ in Polen 1918–1939. Stuttgart/München 2001. Als Exilparteistruktur kann die Bund-Auslandsvertretung ebenfalls nicht mit dem von Frank Wolff entwickelten Ansatz einer transnationalen Geschichte des Bund gefasst werden. Siehe für das transnationale Konzept: Wolff, Frank: Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes 1897–1947. Köln/Weimar/Wien 2014; Wolff, Frank: Revolutionary Identity and Migration: The Commemorative Transnationalism of Bundist Culture. In: East European Jewish Affairs 43 (2013). S. 314–331.

⁵ Buschak, Willy: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und Europa im frühen 20. Jahrhundert. Essen 2014. S. 16.

⁶ Vgl. hierfür: Haumann, Heiko: Geschichte der Ostjuden. München 1990. S. 193f.

Entstehung der Unterstützungsnetzwerke des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Westeuropa

Bis zur gescheiterten Revolution von 1905 entwickelte sich der erst 1897 gegründete Allgemeine Jüdische Arbeiterbund zur größten revolutionären Massenbewegung des russländischen Vielvölkerstaats.⁷ Seine wichtigsten politischen Forderungen waren die politische Gleichberechtigung der Judenheit in einem demokratischen, sozialistischen und multiethnischen Vielvölkerstaat in Osteuropa und das Konzept einer national-kulturellen Autonomie für nationale Minderheiten.⁸ Die Partei war darüber hinaus Bestandteil des Ende des 19. Jahrhunderts beginnenden Aufstiegs einer modernen jiddischen Kulturbewegung und verkörperte nach der gescheiterten Revolution von 1905 das neue „Bild des kämpfenden Juden (und der kämpfenden Jüdin)“.⁹

Sozialistische Bewegungen waren im Zarenreich politischer Verfolgung ausgesetzt und wurden ins Exil gedrängt, wodurch alle revolutionären Parteien den Aufbau von Unterstützungsnetzwerken im Ausland verfolgen mussten. Die Auslandsvertretungen begleiteten und unterstützten die illegale politische Parteiarbeit im Zarenreich.¹⁰ Eine erste Bund-Auslandsgruppe entstand kurz nach der Parteigründung im schweizerischen Bern. Hauptsächlich waren hieran Studierende beteiligt, die aufgrund der im Zarenreich festgesetzten Studienquoten für Studierende jüdischer Herkunft ihr Studium in der Schweiz absolvieren mussten. Um die Jahrhundertwende bestanden bereits in allen Schweizer und weiteren westeuropäischen Universitätsstädten Bund-Unterstützungsgruppen. Zur besse-

7 Für einen detaillierten Überblick über die Entwicklung des Bund bis 1905 vgl.: Tobias, Henry J.: *The Jewish Bund in Russia. From its Origins to 1905*. Stanford 1972.

8 Vgl. Gechtman, Roni: *National-Cultural Autonomy and „Neutralism“: Vladimir Medem's Marxist Analysis of the National Question, 1903–1920*. In: *Socialist Studies* 3 (2007). S. 69–92.

9 Pickhan, Gertrud: *Vom Ereignis zum Mythos. Die Revolution von 1905 und die jüdische Linke in Osteuropa*. In: *Revolution in Nordosteuropa*. Hrsg. von Detlef Henning. Wiesbaden 2011. S. 126–139. Hier S. 131 f.; vgl. ebenfalls: Fishman, David E.: *The Rise of Modern Yiddish Culture*. Pittsburgh 2005. S. 48–61.

10 Eine erste Welle von Festnahmen namhafter Bundisten musste die Partei schon im Juli 1898, kurz nach dem Gründungsparteitag der SDAPR, verkraften. Vgl. hierfür: Tobias: *The Jewish Bund* (wie Anm. 7), S. 83; Martow, Julius: *Geschichte der russischen Sozialdemokratie bis 1908*. In: *Geschichte der Russischen Sozialdemokratie*. Autorisierte Übersetzung von Alexander Stein. Berlin 1926. S. 9–224. Hier S. 34.

ren Koordinierung der Unterstützungsarbeit gründete der Bund daher 1901 eine zentrale Auslandsvertretung in Bern.¹¹

Im deutschen Kaiserreich entstanden um die Jahrhundertwende in Städten wie Berlin, Leipzig, München und Karlsruhe Bund-Unterstützungsgruppen, wobei sich einige dieser Gruppen in ihrer sozialen Zusammensetzung von denen in der Schweiz unterschieden. Neben aus Osteuropa stammenden Studierenden organisierten sich in deutschen Industriestädten auch ostmitteleuropäische Arbeiter in Vereinen, die entweder autark oder in Zusammenarbeit mit Studierendengruppen Bund-Aktivitäten im Zarenreich unterstützten.¹² Eine erste Berliner Gruppe entstand um die Jahrhundertwende. Sie stellte von Beginn an einen wichtigen Verbindungspunkt zwischen dem Bund und sozialistischen Parteien aus Westeuropa dar. Als europäisches Zentrum der Arbeiterbewegung fungierte Berlin als Knotenpunkt für den Transport illegaler revolutionärer Literatur ins Zarenreich.¹³ Aufgrund dieser strategischen Bedeutung kam Berlin schon in dieser Zeit neben Bern als möglicher Standort der allgemeinen Bund-Auslandsvertretung in Frage. Angesichts der schwierigeren politischen Situation für sozialdemokratische Parteien im deutschen Kaiserreich wurde jedoch Bern als Standort gewählt.¹⁴ Diese politischen Rahmenbedingungen änderten sich in der Weimarer Republik, mit deren Gründung die deutsche Sozialdemokratie zu einer staatstragenden Partei der Republik avancierte.

Das Berlin der Weimarer Republik – Schnittstelle osteuropäischer Migration

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die Kommunikation zwischen ausländischen Bund-Gruppen und der Parteivertretung im Zarenreich kurzzeitig unterbrochen. Ab dem Jahre 1915 entstanden jedoch in großen Industrieregionen des

11 Vgl. Kursky, Franz: Di oyslendische organizatsye fun „Bund“. In: Franz Kursky. Gezamlte Shriftn. Hrsg. von „Der Wecker“. New York 1952. S. 202–249. Hier S. 206–218.

12 Vgl. Weill, Claudie: Russian Bundists Abroad and in Exile, 1898–1925. In: Jewish Politics in Eastern Europe: The Bund at 100. Hrsg. von Jack Jacobs. Chippenham/Wiltshire 2001. S. 46–55. Hier S. 46–49.

13 Vgl. Menes, Abraham: Der lebns-veg fun Frants Kursky. In: Kursky: Gezamlte Shriftn (wie Anm. 11), S. 1–32. Hier S. 8 f.; ebenfalls: Pickhan, Gertrud: The Bund in Poland and German Social Democracy in the 1930s. In: History of the Jewish People. Hrsg. von Mordekhai Altshuler. Jerusalem 2000. S. 257–263.

14 Vgl. Kursky: Di oyslendische organizatsie (wie Anm. 11), S. 206–210. 1906 wurde die Auslandsvertretung von Bern nach Genf verlegt.

deutschen Kaiserreichs erneut jüdische Arbeiterzirkel. Die Entstehung dieser Gruppen war eng verknüpft mit der damaligen Arbeitsmarktpolitik, der Einsetzung von Kriegsgefangenen in der Privatwirtschaft sowie der Anwerbung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten in Ostmitteleuropa für das deutsche Kaiserreich. Kriegsgefangene und ost-mitteleuropäische Arbeiter ersetzten die sich an der Front befindenden jungen Männer als Arbeitskräfte. 1918 lebten und arbeiteten ungefähr 80.000 jüdische Arbeiter aus Mittel- und Osteuropa im Kaiserreich, einige von ihnen waren bekennende Bundisten. In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften verteilten sie in Berlin und anderen Regionen jiddischsprachige Zeitungen, errichteten verdeckte Arbeiter-Bildungsinstitutionen zur Schulung der Arbeiterbewegung und unterstützten jüdische Arbeiterorganisationen in Osteuropa.¹⁵

Viele dieser osteuropäischen Arbeiter versuchten nach ersten Meldungen über eine gelungene Revolution im Zarenreich ab Frühjahr 1917 zurück in ihre Heimat zu gelangen, wobei ihr Weg oftmals über Berlin führte. Die Stadt, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Hochburg der europäischen Arbeiterbewegung war, wurde in den ersten Jahren der Weimarer Republik zu einer Schnittstelle¹⁶ osteuropäischer Migrationsbewegungen und damit verbunden zu einem Zentrum der jiddischsprachigen Kultur.¹⁷ Das Entstehen von osteuropäisch-jüdischen Arbeiterbewegungsstrukturen in Berlin erscheint hierbei als logische Folge: 1917 zählte der für einige Jahre bestehende jüdische Arbeiter-Kulturverein Peretz in Berlin 1800 Mitglieder, der damalige Bund besaß 400 Mitglieder.¹⁸

Die Nachkriegszeit war in ganz Europa auf der einen Seite geprägt durch revolutionäre Aufbruchsstimmung, die auch in Berlin spürbar war: 1920 veranstaltete eine Bund-Gruppe in Berlin wöchentliche Kulturveranstaltungen, die mit durchschnittlich mehr als 100 Teilnehmern sehr gut besucht waren. Das kulturelle Angebot für die jiddischsprachige Arbeiterbewegung umfasste ferner eine für die

15 Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001. S. 85–128; Zakharyash, Khaim: Di bundishe grupn in daytshland bes der velt-milkhme. In: Naye folkstseytung (NF) vom 19.11.1937. S. 23.

16 Für den Begriff Schnittstelle siehe: Brinkmann, Tobias: Ort des Übergangs – Berlin als Schnittstelle der jüdischen Migration aus Osteuropa nach 1918. In: Transit und Transformation. Osteuropäisch-jüdische Migranten in Berlin 1918–1939. Hrsg. von Verena Dohrn u. Gertrud Pickhan. Göttingen 2010. S. 25–44.

17 Für Berlin als ein Zentrum der Arbeiterbewegung vgl.: Eley, Geoff: Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000. Oxford 2002. Hier S. 39–44; Für Berlin als Stadt jiddischer Kulturbewegung siehe: Estraikh, Gennady: Vilna on the Spree: Yiddish in Weimar Berlin. In: Aschkenas 16 (2006). S. 103–128.

18 Vgl. Zakharyash: Di bundishe grupn (wie Anm. 15).

Öffentlichkeit zugängliche Bibliothek mit fast 400 Büchern; verschiedene revolutionäre, jiddischsprachige Zeitungen wurden im Vereinslokal des Arbeiter und Kulturverein Peretz angeboten.¹⁹ Auf der anderen Seite sah sich der Bund als Partei der osteuropäischen Judenheit mit einer doppelten Teilung konfrontiert. Erstens hatte die politische Neuordnung Ost- und Ostmitteleuropas und die daraus resultierende Entstehung neuer Nationalstaaten eine zwangsläufige Aufteilung der osteuropäischen Judenheit auf unterschiedliche Nationalstaaten zur Folge. Das Konzept einer national-kulturellen Autonomie für ethnische Minderheiten innerhalb eines Vielvölkerstaates wurde durch diese neuen Staatsgrenzen geschwächt. Zweitens fand eine endgültige Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialistisch-sozialdemokratische und eine kommunistische Bewegung statt. Innerhalb der entstehenden Sowjetunion entzweite sich der Bund im April 1920 auf seinem 12. Parteitag, wobei die kommunistisch orientierten Delegierten dort die Mehrheit bildeten. Sie beantragten anschließend ohne Erfolg die Aufnahme als autonome Parteistruktur in die kommunistische Partei. Der kommunistische Bund akzeptierte diese Entscheidung, die Mehrheit seiner Mitglieder trat daraufhin individuell der Kommunistischen Partei Russlands bei.²⁰ Wie alle anderen sozialistischen Parteien Russlands wurde auch der sozialdemokratische Bund zu Beginn der 1920er Jahre verboten, sodass der polnische Bund in der Zwischenkriegszeit das Zentrum der autonomen jüdischen Arbeiterbewegung darstellte.²¹

Aufgrund der politischen Verfolgungen von Sozialisten durch die Bolschewiki, des Bürgerkrieges und den seit der Jahrhundertwende bestehenden, engen Kontakten zur deutschen Sozialdemokratie entwickelte sich Berlin nach dem Ersten Weltkrieg zum temporären Migrationsziel eines Teils der osteuropäisch-sozialistischen *Intelligencija*. Bis 1922 migrierten mehrere Dutzend politische Vertreter der SDAPR und des sozialdemokratischen Bund nach Berlin und versuchten von dort die politische Situation in ihrer Heimat zu beeinflussen. Durch das Verbot sozialdemokratischer Parteien in der Sowjetunion waren die Berliner Exilparteistrukturen zwischen 1922 und 1933 faktische Parteizentralen.²²

¹⁹ Vgl. N.N.: Berliner yidish lebn. In: Der morgnshtern. Tsaytschrift far politik un sotsyale fragn Nr. 4/5 (23.03.1921). S. 6.

²⁰ Vgl. Jacobs, Jack: The Bund in Vilna, 1918–1933. In: Polin 25 (2013). S. 263–292. Hier S. 268 f.; Kossovskii, Vladimir: Likvidacija Kommunističeskogo Bunda. In: SV Nr. 3, 1 (01.03.1921). S. 3 f.

²¹ Vgl. Pickhan: „Gegen den Strom“ (wie Anm. 4).

²² Für die SDAPR im Berliner Exil vgl. Liebich, André: From the Other Shore. Russian Social Democracy after 1921. Cambridge/London 1999. S. 99–214.

Struktur und regionales Umfeld der Bund-Auslandsvertretung in Berlin

Personelle Zusammensetzung

Die 1922 gegründete Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion verstand sich als autonome Parteistruktur innerhalb der Auslandsvertretung der SDAPR.²³ Diese Verflechtung beider russländisch-sozialdemokratischen Parteien im Berliner Exil stellte eine Fortführung der politischen Zusammenarbeit vor dem Ersten Weltkrieg dar.²⁴ Hinzu kam eine noch stärkere Überschneidung der vorrangigen politischen Ziele im Exil: die Überwindung des Bolschewismus und der Aufbau eines demokratischen russischen Vielvölkerstaates. Diese vorrangigen Ziele ließen bestehende Differenzen in den Hintergrund treten.²⁵

Die enge Kooperation der beiden Parteistrukturen erschwert bei der Analyse die genaue Feststellung von aktiven und passiven Bund-Mitgliedern im Exil, da sie im Berliner Exil primär als SDAPR-Politiker wahrgenommen wurden. Die sozialdemokratischen Migranten bildeten eine kleine Gruppe osteuropäisch-sozialistischer Intellektueller, die, aufgeteilt in mehrere politische Fraktionen, ihre politischen Ideale verteidigten. Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund sah sich hierin als Exil-Vertretung der sowjetischen Judenheit und gab dieser durch ihre politische Arbeit eine Stimme innerhalb der zeitgenössischen sozialistischen Bewegung. Folgende in Berlin lebende Migranten fühlten sich neben der SDAPR auch dem sozialdemokratischen Bund zugehörig: Rafail Abramovitsh und Isay Yudin-Ayzenshtat.²⁶ Sie fungierten als Sprecher der Aus-

23 Vgl. Parteifragebogen der SDAPR an die Sozialistische Arbeiter-Internationale aus dem Jahre 1933. In: International Institute of Social History, Amsterdam (IISH), SAI-Archiv, Nummer 3157. Claudie Weill weist darauf hin, dass sich die Gruppe der in Berlin lebenden Bundisten nicht vollständig mit der Gruppe der russländischen Sozialdemokratie überschneidet. Vgl.: Weill: *Russian Bundists Abroad* (wie Anm. 12), S. 53. Als Beispiel nennt sie Vladimir Kosovski. Dieser schrieb jedoch anfänglich für den SV und nahm an den Sitzungen der Gruppe rechter russländischer Sozialdemokraten innerhalb der SDAPR in Berlin teil. Vgl. Aronson, Grigori: Isay Ayzenshtat. In: *Doyres bundistn*. Band 1. New York 1956. S. 137–154. Hier S. 153.

24 Für die ersten Jahre des Bund siehe: Tobias: *The Jewish Bund* (wie Anm. 7).

25 Vgl. Abramovič, Rafail: *K nacional'nomy voprosu*. In: SV Nr. 17/18, 10 (27.09.1930). S. 10–13. Hier S. 12f.

26 Die Namensschreibweisen von Abramovitsh und Yudin-Ayzenshtat werden im Fließtext in der Transliteration aus dem Jiddischen und nicht aus dem Russischen wiedergegeben, um ihre Zugehörigkeit zum Bund zu betonen.

landsvertretung und waren gleichzeitig Mitglieder im Zentralkomitee der Auslandsvertretung der SDAPR²⁷; ebenfalls lebten die Bundisten Grigori Aronson, Sergey Braun, Lev Etkin, Vladimir Kosovski, Paul Olberg²⁸, Abraham Mutnik²⁹, Abraham Menes³⁰ und Genrikh Rabinovič³¹ mehrere Jahre in Berlin. Franz Kursky³², Leiter des Bund-Archivs, und Alexander Stein³³, Mitarbeiter der SPD, pflegten enge Kontakte zu den oben genannten sozialdemokratischen Bundisten. Da beide jedoch in unterschiedlichen politischen Zusammenhängen aktiv waren, konnte nicht abschließend geklärt werden, inwieweit sie sich explizit durch die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion repräsentiert fühlten.

Die Aufzählung der zwölf in Berlin lebenden Bundisten, die der Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion nahe standen, ist sicherlich nicht vollständig. Auffällig erscheint besonders die Nichtnennung von Frauen, obwohl diese in den zeitgenössischen revolutionären Bewegungen aktiv waren und relevante Parteiarbeit übernahmen.³⁴ Insgesamt lassen sich mehrere Dutzend Personen feststellen, die nach 1918 einige Jahre in Berlin lebten, jüdischer Herkunft waren und sich der russländischen Sozialdemokratie zugehörig fühlten. Nicht alle von ihnen waren Unterstützer der Bund-Auslandsvertretung.

27 Vgl. Parteifragebogen der SDAPR an die Sozialistische Arbeiter-Internationale aus dem Jahre 1933. In: IISH, SAI-Archiv, Nummer 3157; ebenso: N.N.: Izveščnie (wie Anm. 2).

28 Für Kosovski, Olberg, Braun, Etkin und Aronson vgl. Aronson: Isay Ayzenshtat (wie Anm. 23), S. 153; für Vladimir Kosovski vgl. ebenfalls: Pickhan, Gertrud: Kosovsky, Portnoy and Others: The Role of Members of the Bund's Founding Generation in the Interwar Polish Bund. In: Jewish Politics in Eastern Europe (wie Anm. 12), S. 69–80; für Lev Etkin vgl. ebenfalls: N.N.: L. Ja. Etkin. In: SV Nr. 20, 7 (20.10.1927). S. 16.

29 Vgl. Hertz, Jacob S.: Abraham Mutnik. In: Doyres bundistn (wie Anm. 23), S. 122–130. Hier S. 129.

30 Vgl. Kühn-Ludewig, Maria: Jiddische Bücher aus Berlin (1918–1936). Titel, Personen, Verlage. Nümbrecht 2006. S. 132.

31 Vgl. N.N.: G. V. Rabinovič. In: SV Nr. 3, 11 (09.02.1931). S. 16.

32 Vgl. Menes: Der lebns-weg fun Frants Kursky (wie Anm. 13), S. 23–25.

33 Vgl. Papanek, Hanna: Alexander Stein (Pseudonym: Viator) 1881–1948, Socialist Activist and Writer in Russia, Germany, and Exile: Biography and Bibliography. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3 (1994). S. 343–379; ebenfalls: Zakharyash: Di bundishe grupn (wie Anm. 15).

34 Bzgl. Frauen in der osteuropäischen Arbeiterbewegung siehe: Pickhan, Gertrud: „Wo sind die Frauen?“ Zur Diskussion um Weiblichkeit, Männlichkeit und Jüdischkeit im Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund („Bund“) in Polen. In: Zwischen Kriegen. Nationen, Nationalismen und Geschlechterverhältnisse in Mittel- und Osteuropa 1918–1939. Hrsg. von Johanna Gehmacher [u. a.]. Osnabrück 2004. S. 187–199; Jacobs, Jack: Bundist Counterculture in Interwar Poland. Syracuse/New York 2009. S. 82–97.

Einige Sozialisten jüdischer Herkunft lehnten den Autonomieanspruch des Bund ab und fühlten sich ausschließlich der SDAPR zugehörig.³⁵

Die jiddische und russische Migrationsbewegung als Umfeld der sozialdemokratischen Bund-Auslandsvertretung

Die enge personelle und institutionelle Verknüpfung zwischen Bund- und SDAPR-Auslandsvertretung lässt sich auch anhand ihrer Berliner Bürostrukturen nachweisen. Beide Auslandsvertretungen sowie die Redaktion des *Socialističeskij vestnik* nutzten im Berlin der Weimarer Republik identische Kontaktadressen.³⁶ Exemplarisch zeigt sich hieran auch der enge Zusammenhang zwischen den jiddisch- und russischsprachigen Berliner Migrationsräumen. Besonders ist dies an den Büroräumen in der „Zimmerstraße 7/8“ in Berlin-Mitte erkennbar, in der sich die Redaktions- und Parteiräume seit Mai 1925 befanden. Neben den Bürostrukturen der Auslandsvertretungen waren an dieser Adresse folgende weitere Unternehmen tätig: die Setzerei Goldberg und Dr. Bender, die Druckerei Hempel & Co, der Jüdisch Literarische Verlag, die *Yidishe ilustrierte tsaytung* und der *Mysl* Verlag. Alle genannten Verlage, Zeitungsredaktionen und Druckereien waren Teil des osteuropäischen Migrationsraumes in Berlin. Sie produzierten unterschiedliche Druckerzeugnisse in russischer und jiddischer Sprache.³⁷

Als Exilparteistruktur engagierte sich die sozialdemokratische Bund-Auslandsvertretung nicht in der Berliner Regionalpolitik. Weder das bundische Konzept der *doikayt*³⁸ noch die Forderung nach einer national-kulturellen Autonomie wurde konzeptionell ins Berlin der 1920er Jahre übertragen. Die Mitglieder der Auslandsvertretung fokussierten sich weiterhin auf die Umsetzung ihrer

35 Die Debatte um die Zugehörigkeit von Sozialisten jüdischer Herkunft zum Bund oder ausschließlich zur SDAPR wurde von Bund-Vertretern als eine Fortführung der inner-jüdischen Debatte zwischen Assimilation und Beibehaltung von jüdischer Selbstständigkeit betrachtet. Vgl. hierfür: Hertz, Jacob S.: The Bund's Nationality Program and Its Critics in the Russian, Polish and Austrian Socialist Movements. In: YIVO Annual of Jewish Social Science 14 (1969). S. 53–67. Hier S. 66f.

36 Vgl. N.N.: Izveščnie (wie Anm. 2). Hier werden die Redaktionsräume des *Socialističeskij vestnik* und die Büros der Auslandsvertretungen in der Seydelstr. 5, Berlin SW 19 angegeben; vgl. ebenfalls: Undzer gedank. Sotsialistischer zshurnal unter der redaktsie fun R. Abramovitsh. Organ fun der oyslendisher delegatsie fun „Bund“ in ratn-farband. Berlin 1931. Hier wird für den sozialistischen Bund die Zimmerstraße 7/8, Berlin SW 68 als Adresse angegeben. Zu dieser Zeit ebenfalls Redaktions- und Büroadresse der Auslandsdelegation der SDAPR.

37 Kühn-Ludewig: Jiddische Bücher (wie Anm. 30), S. 168–171.

38 Vgl. Wolff: Neue Welten (wie Anm. 4), S. 37–40.

politischen Ziele innerhalb eines multiethnischen osteuropäischen Staates. Dennoch waren sie Teil der in Berlin ansässigen osteuropäisch-sozialistischen Exilbewegung und pflegten enge Kontakte zu dortigen sozialdemokratischen Parteistrukturen. Innerhalb der osteuropäischen Exilstrukturen gab es mehrere Einrichtungen, die inhaltlich und zum Teil auch personell in direkter Beziehung zur sozialdemokratischen Bund-Auslandsvertretung standen: das zwischen 1926–1933 in Berlin ansässige Bund-Archiv, die dem polnischen Bund nahestehende Berliner Bund-Gruppe, das „Berliner Komitee des Fonds zur Errichtung des Volkshauses Wladimir Medem in Warschau“ und der Jüdische Arbeiter-Kulturverein Peretz. Besonders die Entscheidung des polnischen Bund, das seit 1898 existierende Parteiarchiv im Jahre 1926 in Berlin neu zu eröffnen, verdeutlicht die Relevanz Berlins als Exilort der osteuropäisch-jüdischen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit. Der Archivleiter Franz Kursky betreute, sortierte und erweiterte bis 1933 die Archivmaterialien im Vorwärts-Haus, der damaligen SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3.³⁹ Durch seinen Mitarbeiter Isay Yudin-Ayzenshtat stand Kursky in direktem Kontakt zur sozialdemokratischen Bund-Auslandsvertretung der Sowjetunion.⁴⁰ Im selben Gebäude war – neben dem Archiv der SPD – auch das von Boris Nikolaevskij betreute Archiv der russländischen Sozialdemokratie untergebracht. Von einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteiarchiven kann aufgrund der gemeinsamen Parteigeschichte und des Vorgangs der Rettung der Bund-Archivalien im Mai 1933 ausgegangen werden. Nikolaevskij gelang es mit Hilfe der französischen Regierung, Archivunterlagen der russländischen Sozialdemokratie im Mai 1933 in zwei Eisenbahnwaggons nach Paris zu befördern. Hierbei nahm er ebenfalls Archivbestände der deutschen Sozialdemokratie und des Bund mit.⁴¹

Die Existenz einer weiteren Bund-Gruppe, die dem polnischen Bund nahestand und sich Berliner Bund-Gruppe nannte, verdeutlicht einen Teil der politischen Diversität innerhalb der in Berlin agierenden jüdischen Arbeiterbewegung.⁴² Sie organisierte Diskussions- und Informationsveranstaltungen mit

³⁹ Vgl. Web, Marek: Between New York and Moscow: The Fate of the Bund Archives. In: Jewish Politics in Eastern Europe (wie Anm. 12), S. 243–254; Pat, Yankev: Franz Kursky un der arkhiv fun „bund“. In: Der veker 29 (01.02.1950). S. 5 f.; Menes: Der lebensweg fun Frants Kursky (wie Anm. 13), S. 23 f.; Saß: Luftmenschen (wie Anm. 3), S. 166.

⁴⁰ Vgl. Aronson: Isay Ayzenshtat (wie Anm. 23), S. 152.

⁴¹ Vgl. Web: Between New York and Moscow (wie Anm. 39), S. 249; Mayer, Paul: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses. In: Archiv für Sozialgeschichte 6/7 (1966/67). S. 5–198. Hier S. 84–95.

⁴² Dieser Beitrag berücksichtigt nicht die damals ebenfalls bestehenden linken zionistischen Gruppierungen im Berlin der Weimarer Republik.

inhaltlichen Bezügen zum polnischen Bund.⁴³ Zu Beginn der 1920er Jahre existierte darüber hinaus das „Berliner Komitee des Fonds zur Errichtung des Volkshauses Wladimir Medem in Warschau“.⁴⁴ Geleitet wurde es von Aron Singalowsky, damaliger Generalsekretär und zeitweiliger Geschäftsführer der deutschen Sektion des Vereins ORT – Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden.⁴⁵ 1927 gründete sich darüber hinaus erneut der Jüdische Arbeiter-Kulturverein Peretz. Wie in den Nachkriegsjahren betrieb dieser eine Bibliothek mit jiddischsprachigen Büchern und jiddisch- sowie russischsprachigen Tageszeitungen. Zusätzlich bot der Verein Kulturangebote und Vortragsreihen an.⁴⁶

Thematische Schwerpunktsetzungen der Auslandsvertretung des Bund

Die politische Arbeit der Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion war durch die bereits erwähnten Ziele der Überwindung des in der Sowjetunion etablierten Einparteiensystems und der Vermittlung der besonderen Situation der sowjetischen Judenheit geprägt. Hinzu kam eine beginnende Historisierung der Rolle des Bund innerhalb der osteuropäischen Arbeiterbewegung vor 1914.⁴⁷ Politische Vernetzungsarbeit fokussierte sich primär auf internationale sozialistische Strukturen sowie auf russisch- beziehungsweise jiddisch-

43 Vgl. Vortrageinladung zum Thema Leben und Kampf in Polen am 4. August (ohne Jahreszahl) mit dem aus Polen angereisten Referenten Yankev Pat. In: IISH, Bund Archiv, Nummer 307; Einladung zur Trauerveranstaltung für B. Mikhalevitsh in Berlin am 03.11. (ohne Jahreszahl). In: IISH Bund Archiv, Nummer 310; ebenfalls: Einladungsschreiben vom 08.11.1927. In: IISH, Akseleod Archiv, Nummer 47; Logo der Berliner Bund-Gruppe als Stempel Abdruck. In: YIVO-Archiv. Institute for Jewish Research, New York (YIVO), Bund Archiv, RG 1400, Nummer 98. Anne-Christin Saß benennt als Mitglieder des „Berliner Komitee des Bund“ Franz Kursky, Vladimir Kosovski, Elias und Lise Laub, Grigori Aronson, Henokh Hokhgelerter sowie Isay Yudin-Ayzenshtat und Gregor Bienstock. Siehe Saß: Luftmenschen (wie Anm. 3), S. 166 f.

44 Vgl. Sammeliste des Komitees (ohne Datum). In: YIVO, Bund-Archiv, RG 1401, Nummer 717. Beim Volkshaus „Wladimir Medem“ in Warschau handelt es sich wahrscheinlich um das damalige Medem-Sanatorium. Vgl. für eine Beschreibung des Sanatoriums: Jacobs: Bundist Counterculture (wie Anm. 34), S. 62–81.

45 Vgl. Ivanov, Alexander: Nähmaschinen und Brillantringe – Die Tätigkeit der Berliner ORT 1920–1943. In: Transit und Transformation (wie Anm. 16), S. 195–209. Hier S. 200 f.

46 Vgl. Flyer des Berliner Peretz-Vereins vom November 1927. In: YIVO, Bund-Archiv, RG 1400, Nummer 14.

47 Vgl. N.N.: K 25-letiju Bunda. In: SV, Nr. 21, 2 (02.11.1922). S. 3–5.

sprachige Zusammenhänge. Trotz enger personeller und struktureller Verknüpfungen mit der SDAPR-Auslandsvertretung lassen sich explizite Themenbereiche herausarbeiten, die für die Exilstruktur der sozialdemokratischen Bund-Auslandsvertretung von Wichtigkeit waren. Grob kann hierbei eine Unterteilung in drei unterschiedliche Zeitabschnitte vorgenommen werden: Zu Beginn der 1920er Jahre versuchten Bundisten die Aufmerksamkeit der internationalen sozialistischen Bewegung auf das besondere Schicksal der osteuropäischen Judenheit zu richten. Mit der politischen Stabilisierung Mitte der 1920er Jahre fokussierten sich die Mitglieder der Auslandsvertretung auf eine Hervorhebung bundischer Errungenschaften vor dem Weltkrieg. Die Aufnahme des polnischen Bund in die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) Anfang der 1930er Jahre führte dazu, dass die Berliner Bund-Auslandsvertretung verstärkt ihre Analysen über die politische und ökonomische Situation in der Sowjetunion innerhalb der jiddischsprachigen Arbeiterbewegung verbreitete.

Verteidigung des Konzepts einer national-kulturellen Autonomie für die osteuropäische Judenheit

Durch die Herausgabe der Parteizeitschrift *Socialističeskij vestnik* verfügte die russländische Sozialdemokratie ab 1921 über ein russischsprachiges Publikationsorgan im Exil. Die Zeitschrift, die zwei Mal im Monat veröffentlicht wurde und zu Beginn der 1930er Jahre eine Auflage von 3000 Exemplaren hatte, besaß zwei Leserkreise: außerhalb der Sowjetunion lebende Exilanten und in die Sowjetunion illegal agierende Sozialisten.⁴⁸ In den ersten Jahrgängen der Zeitung wurden öffentliche Aufrufe und Berichte aus dem Zentralkomitee des sozialdemokratischen Bund abgedruckt. Im Frühling 1921 bekräftigte das Zentralkomitee noch einmal sein Konzept einer national-kulturellen Autonomie für nationale Minderheiten im russländischen Vielvölkerstaat.⁴⁹ Kurze Zeit später wies der Bund in einem Memorandum auf die schutzlose Situation jüdischer Arbeiter in Osteuropa, auf dortigen Antisemitismus und stattfindende Pogrome hin.⁵⁰ Ein Aufruf zur internationalen Solidarität für russländische Sozialisten, die in Osteuropa bolschewistischen Verfolgungen ausgesetzt waren, wurde gleichberech-

⁴⁸ Die Auflagenhöhe der Parteizeitung wird im Fragebogen der SAI vom Januar 1930 angegeben. In: IISH, SAI-Archiv, Nummer 1144.

⁴⁹ N.N.: Iz žizni Bunda (s.-d.). Rezolucija Bunda (s.-d.) o demokratizaciji organov dlja nacional'nyx men'sinstv. In: SV, Nr. 3, 1 (01.03.1921). S. 8.

⁵⁰ Vgl. Evrejskie pogromy. Memorandum C.K. soc.-dem. Bunda i C. B. ob'ed. evr. soc. rab. partii, predctavlenyj v V.C.I.K. i v Revvoemsovet. In: SV, Nr. 13, 1 (05.08.1921). S. 13–15.

tigt von Vertretern der Auslandsdelegationen der SDAPR, der Sozialrevolutionären Partei und des Bund unterzeichnet.⁵¹

Berichte und Proklamationen in den ersten Jahrgängen der Exilzeitschrift weisen auf eine verstärkte politische Präsenz des sozialdemokratischen Bund innerhalb der SDAPR hin. Hierfür ausschlaggebend war die existenzbedrohende Situation der osteuropäischen Judenheit, resultierend aus antisemitischen Pogromen, Bürgerkrieg und Hungersnot kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Als weiterer Grund erscheint die zu dieser Zeit gerade erfolgte Teilung des russländischen Bund in eine kommunistische und eine sozialdemokratische Partei. Zu Beginn der 1920er Jahre schienen politische Konzepte und Ideen innerhalb der sozialdemokratischen Berliner Exilgruppe noch ergebnisoffener als in den darauffolgenden Jahren debattiert worden zu sein. In diese Zeit eines gewaltigen politischen Umbruchs in Osteuropa fällt auch die Gründung der eigenen sozialdemokratischen Bund-Auslandsvertretung der Sowjetunion. Sie kann als Zeichen einer Gefährdung der osteuropäischen Judenheit einerseits und als Hoffnung auf mögliche politische Veränderungen innerhalb der Sowjetunion durch internationalen politischen Druck andererseits verstanden werden.

Der Bund als wichtige politische Bewegung Osteuropas vor dem Ersten Weltkrieg

Die zu Beginn der 1920er Jahre kontrovers geführten Debatten über Konzepte für einen demokratischen russländischen Vielvölkerstaat rückten Mitte der 1920er Jahre aufgrund einer Stabilisierung der politischen Situation in der Sowjetunion und der Festigung dortiger Staatsgrenzen in den Hintergrund. Die Debatten innerhalb der sozialdemokratischen Exilanten betonten nun im Generellen die Notwendigkeit einer Bezwingung des bolschewistischen Regierungssystems. Anhand der Entscheidung der Überführung des Bund-Archivs nach Berlin lässt sich ebenfalls erkennen, dass die russländischen Sozialisten Mitte der 1920er Jahre von einer mittelfristigen Exilzeit in Berlin ausgingen. Die Entscheidung stand nicht in direktem Zusammenhang mit der Bund-Auslandsvertretung, dennoch bildeten die Mitglieder der Auslandsvertretung einen Teil des hierfür benötigten osteuropäisch-sozialistischen Exilumfeldes. Yudin-Ayzenshtat war sogar direkter Mitarbeiter des Archivs.⁵²

⁵¹ Abramovič, Rafail [u. a.]: K socialističeskim partijam i rabočim organizacijam. In: SV, Nr. 12, 2 (18.06.1922). S. 3.

⁵² Vgl. Aronson: Isay Ayzenshtat (wie Anm. 23), S. 152.

Die Mitglieder der Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund richteten ihre Aufmerksamkeit in dieser Phase auf eine erste Historisierung der Parteiarbeit in Bezug auf Osteuropa und die Bedeutung des Bund für die osteuropäische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Anlass boten hierfür anstehende Geburts- und Todestage sowie Partei- und Revolutionsjubiläen.⁵³

Besonders das Jahr 1927 steht hierfür exemplarisch, da es ein doppeltes Jubiläumsjahr darstellte. Einerseits wurde an das 30-jährige Bestehen des Bund erinnert, gleichzeitig stellte das Jahr auch das 10-jährige Jubiläum der Februar- und Oktoberrevolution dar.⁵⁴ Die Redaktion des *Socialističeskij vestnik* wünschte dem Bund anlässlich des Jahrestages der Parteigründung eine positive Zukunft und drückte die Hoffnung aus, dass sich „unter dem sozialdemokratischen Banner erneut und ohne Ausnahme alle jüdischen Arbeiter, Arbeiter aus Russland, Polen, Litauen und Lettland, sowie die Arbeiter der gesamten Welt versammeln werden.“⁵⁵

Die personellen Veränderungen im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nach dem Tod Lenins, der wenige Jahre später beginnende verstärkte Terror gegen die Bevölkerung und die rücksichtslose Umsetzung des Fünfjahresplanes innerhalb der Sowjetunion, beendeten diese kurze Phase einer politischen Stabilisierung. Die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund sah sich zu Beginn der 1930er Jahre dazu veranlasst, sich verstärkt mit der Situation innerhalb der Sowjetunion und expliziten Problemen der sowjetischen Judenheit auseinanderzusetzen.⁵⁶ Die Veränderung der politischen Lage innerhalb der Sowjetunion ging zeitlich mit der Verschlechterung der politischen Lage innerhalb der Weimarer Republik einher. Der sozialdemokratische Bundist Rafail Abramovitsh berichtete darüber als Korrespondent des jiddischsprachigen New Yorker *Forverts*.⁵⁷ Gleichzeitig war er Mitglied im Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI).

53 Vgl. für Nachrufe bspw.: N.N.: L. Ja. Etkin (wie Anm. 28); N.N.: Vlad. Dav. Medem. In: SV, Nr. 2, 3 (17.01.1923). S. 1f.; Iudin, Isaia: L. Martov i evrejskij proletariat. In: SV, Nr. 8/9, 3 (24.04.1923). S. 11f.; Vgl. für Geburtstags- und Jubiläumsberichte bspw.: N.N.: 70-letie A. Kagana und N.N.: 50-letie R. A. Abramoviča. Beide in: SV, Nr. 14, 10 (26.07.1930). S. 16; Julski, H.: Di berliner bundistn feiern dos iubel fun bund. In: NF vom 11.12.1932. S. 4.

54 Vgl. für das Bund-Jubiläum: N.N.: Iz Partii. Jubilej Bunda. In: SV, Nr. 20, 7 (20.10.1927). S. 16 und Š., F.: Iz Partii. Prasdnovanie 30-letija Bunda. In: SV, Nr. 21/22, 7 (10.11.1927). S. 22f.; Für das Jubiläum der Oktoberrevolution bspw.: Dan, Fëdor: Jubilej Diktatury. In: SV, Nr. 21/22, 7 (10.11.1927). S. 3–11.

55 N.N.: Iz Partii. Jubilej Bunda. In: SV, Nr. 20, 7 (20.10.1927). S. 16.

56 Vgl. hierzu das jiddischsprachige Journal: Undzer gedank (wie Anm. 36), Nummer 1–3.

57 Siehe bspw. für das Jahr 1931 u.a.: Abramovitsh, Rafail: Der blihender tsushtand fun der sotsialistisher partay in daytshland. In: Forverts vom 13.06.1931. S. 5; Abramovitsh, Rafail: Di

Rafail Abramovitsh als russländischer Sozialist innerhalb des Exekutivkomitees der SAI

Rafail Abramovitsh fungierte als offizieller Vertreter der SDAPR innerhalb des Exekutivkomitees der SAI. Der osteuropäische Sozialist jüdischer Herkunft begriff sich selbst als Repräsentant beider sozialdemokratischer Parteirichtungen: der SDAPR und des Bund.⁵⁸ Dieser Vertretungsanspruch resultierte aus seinem eigenen politischen Werdegang, der institutionellen Verflechtung zwischen Bund und SDAPR und daher, dass der polnische Bund in den 1920er Jahren keine Mitgliedspartei innerhalb der SAI war und Abramovitsh in einigen politischen Debatten eine osteuropäisch-jüdische Gegenstimme zu Vertretern zionistischer Parteien wichtig erschien.⁵⁹ Diesem Selbstverständnis lag keine offizielle Entscheidung innerhalb der SAI zu Grunde, dennoch besaß die Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion hierdurch eine inoffizielle Stimme innerhalb der SAI, die sich für Belange der sowjetischen Judenheit einsetzte.

Mit dem offiziellen Beitritt des polnischen Bund in die SAI entstand ein unvorhergesehenes Konfliktpotential, da beide Strukturen den Anspruch hatten, die osteuropäisch-sozialistische Judenheit zu vertreten. Zwar begrüßte Abramovitsh 1929 die Entscheidung des polnischen Bund, der SAI beizutreten. Die unterschiedlichen politischen Sichtweisen traten jedoch schon auf dem Wiener Kongress im Jahre 1931 zu Tage. Inhaltlich kreiste die Auseinandersetzung um die Frage der Bewertung der politischen Situation in der Sowjetunion sowie um Differenzen bezüglich der politischen Handlungsoptionen der SPD zu Beginn der 1930er Jahre in der kriselnden Weimarer Republik.⁶⁰ Hintergründig ging es in der Debatte jedoch auch um den politischen Vertretungsanspruch beider Delegatio-

groyse mapole fun di fashisten un komunisten in daytshland. In: Forverts vom 28.08.1931. S. 5; Abramovitsh, Rafail: Hot der „fünf-iogriger plan“ farbesert des leben in sovet-rusland? In: Forverts vom 10.12.1931. S. 3; Abramovitsh, Rafail: Di frage vegen sovet rusland baym internatsyonalen sotsialistishen kongres. In: Forverts vom 05.07.1931. S. 5; vgl. ebenso den Beitrag von Gennady Estrai kh in diesem Sammelband: Estrai kh, Gennady: Die New-Yorker Jiddische Tageszeitung *Forverts* und ihr Berliner Korrespondent Raphael Abramovitch.

58 Vgl. Abramovič, Rafail: RSI i sionizm. In: SV, Nr. 10, 10 (31.05.1930). S. 8–10. Hier S. 9; Das Abramovitsh sich als Vertreter des „unserer Partei angeschlossenen[n] jüdischen ‚Bund‘“ sah, betonte dieser auch in einem Brief an Friedrich Adler vom 02.08.1926. In: IISH, SAI-Archiv, Nummer 808.

59 Vgl. Abramovič: RSI i sionizm (wie Anm. 58), S. 9.

60 Vgl. für die Position des polnischen Bund innerhalb der SAI: Pickhan, Gertrud: „Gegen den Strom“ (wie Anm. 4), S. 388–409.

nen für die osteuropäische Judenheit. Abraham Cahan, Herausgeber des *Forverts*, verteidigte Abramovitsh als legitimen Vertreter der sowjetischen Judenheit:

Auf dem Wiener Kongress gab es zwei Bund Vertretungen – den polnischen und den russischen, den neuen und den alten. Gen[osse] Abramovitsh [...] ist dort nicht nur als ein Delegierter der russischen Sozialdemokratie, sondern ebenfalls als ein Vertreter des russischen ‚Bund‘ erschienen, während die Genossen Ehrlich und Alter den heutigen ‚Bund‘ aus Polen repräsentierten. [...]

[D]ie Bundisten, die in Sowjetrussland leben, wie groß auch immer ihre Anhängerschaft und wie groß unsere Sympathie und Liebe zu ihren Märtyrern ist, bleiben eine schweigende Kraft, die sich nicht zählen lässt. Ihr Mandat ist ein Ungeschriebenes. Es ist aber ein moralisches und hat mentale Bedeutung, die Aufmerksamkeit verdient [...].

Und das allein ist nicht alles. Die Delegation des russischen ‚Bund‘ hat einen moralischen Auftrag, der nicht allein auf die Bundisten aus Sowjetrussland beschränkt ist. Ihre Ansichten sind die Ansichten einer großen Anzahl von Bundisten, die in anderen Ländern wohnen, Polen mit eingeschlossen.⁶¹

Innerhalb der sozialdemokratischen Bund-Auslandsvertretung in Berlin existierten zu Beginn der 1930er Jahre große Vorbehalte gegenüber des linken „zveyer“ Flügels des polnischen Bund, dem eine Nähe zum Bolschewismus vorgeworfen wurde.⁶² Die sozialdemokratischen Bundisten aus Berlin formulierten hierzu resigniert: „Diskutieren kann man nur mit Menschen, mit denen man eine gemeinsame Sprache hat, mit denen man auf dem Boden einer gemeinsamen Weltanschauung steht.“⁶³ Hauptforderung gegenüber dem polnischen Bund war – trotz inhaltlicher Differenzen – eine politische Gleichbehandlung und die Anerkennung als Bund-Vertretung der Sowjetunion.

Fazit

Die zwischen 1922 und 1933 existierende Auslandsvertretung des sozialdemokratischen Bund der Sowjetunion in Berlin agierte als politische Vertretung der sowjetischen Judenheit. Strukturell ähnelte sie Auslandsvertretungen des Bund vor dem Ersten Weltkrieg und sozialistischen Exilparteien aus der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit. Mit wenigen aktiven Personen setzte sie sich punktuell

⁶¹ Cahan, Abraham: A zshurnal far der oyslendisher delegatsie fun bund in sovet-rusland. In: Ab. Kahan un der „Bund“ in Poyln. Hrsg. von bundishn klub in Nyu York. New York 1932. S. 7–15. S. Hier S. 14 f.

⁶² „Zveyer“ bezeichnete den linken Parteiflügel des polnischen Bund, dessen Mitglieder gegen den Eintritt in die Sozialistische Arbeiter-Internationale gestimmt haben.

⁶³ Undzer gedank (wie Anm. 36), Nummer 2/3. S. 85.

vor allen Dingen in jiddisch- und russischsprachigen Kontexten in Westeuropa und Amerika für die Wahrnehmung der besonderen Probleme der osteuropäischen Judenheit ein. Innerhalb der SAI versuchte Rafail Abramovitsh als inoffizieller Vertreter des Bund der Sowjetunion eine Leerstelle zu schließen, die aufgrund des anfänglichen Nicht-Beitritts des polnischen Bund entstanden war. Dennoch unterschieden sich die Berliner Bundisten stark von ihren zeitgenössischen polnischen Kollegen, was Abraham Cahan zu einer Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ Bundisten veranlasste. Anders als die Vertreter des polnischen Bund organisierten die Berliner Exilanten die sozialdemokratische Bund-Auslandsvertretung als reine Exilparteistruktur. Ein Engagement in lokalen Politikstrukturen kam für sie nicht in Frage. Primäres politisches Ziel war die Überwindung des bolschewistischen Einparteiensystems und die Etablierung eines demokratisch-sozialistischen Vielvölkerstaates in Osteuropa samt national-kultureller Autonomie für die Judenheit. Strukturell und auch personell war die Bund-Auslandsvertretung eng mit der SDAPR-Auslandsvertretung verflochten. Diese enge Kooperation, die sich besonders anhand individueller Mehrfachzugehörigkeiten von Personen wie Rafail Abramovitsh, Grigori Aronson und Isay Yudin-Ayzenshtat feststellen lässt, verdeckt die Bund-Auslandsvertretung als „kleine Schwester“ hinter der quantitativ größeren SDAPR-Auslandsvertretung im Berliner Exil. Doch gerade diese Zusatzstruktur innerhalb einer quantitativ kleinen russländischen Exilgruppe ist bedeutend, verdeutlicht sie zum einen personelle und politische Verschiedenheit innerhalb der zeitgenössischen russländischen Sozialdemokratie, zum anderen gleichermaßen die komplexen Mehrfachzugehörigkeiten einzelner osteuropäischer Sozialisten jüdischer Herkunft.

Die sozialdemokratischen Bundisten erfüllten während ihrer Exilzeit im Berlin der Weimarer Republik eine Vermittlerrolle zwischen den osteuropäisch-jüdischen und (westeuropäisch-)sozialistischen Arbeiterbewegungsstrukturen. Besonders Abramovitsh forcierte Debatten um nationale Autonomiekonzepte für Osteuropa und Auseinandersetzungen über Antisemitismus in den Strukturen der SAI und SDAPR. Im Kontext der jiddischsprachigen Arbeiterbewegung betonten die sozialdemokratischen Bundisten die schwierige politische und ökonomische Situation in der Sowjetunion.

Die Bund-Auslandsvertretung war bis 1933 Teil des temporären russländischen Migrationsraumes des Berlins der Weimarer Republik. Die politische Situation der 1930/40er Jahre mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, dem Zweiten Weltkrieg und der damit einhergehenden Vernichtung eines Großteils der europäischen Judenheit in der Shoah veränderte die politischen Rahmenbedingungen komplett. Im Frühjahr 1933 erahnte Rafail Abramovitsh bereits tiefgreifende bevorstehende Veränderungen: „Ich fürchte: was wir in Deutschland

und in der Internationale noch Alles erleben werden, wird weit schlimmer sein, als das, was wir 1914 erlebt hatten.“⁶⁴ Die Entwicklungen der nächsten Jahre werden seine Vorstellungskraft bei weitem überschritten haben. Mit der Vernichtung des Großteils der osteuropäisch-jüdischen Bevölkerung in der Shoah wurde auch das Konzept des Bund als osteuropäisch-jüdische Massenpartei zerstört.

⁶⁴ Zitiert nach einem Brief vom 30.03.1933, wahrscheinlich an Morris Hillquit in New York. In: IISH, Abramovich-Archiv, Nummer 2.